

Beratungsgegenstand	Ausschuss	überwiesen am	eingbracht von	Bemerkungen
Keine Genehmigung für Fracking in Schleswig-Holstein Drucksache 18/399 Nr. 5	UMWA	12-12-12	Änderungsantrag der Fraktion PIRATEN	zurückgestellt
Entwurf eines Gesetzes zum Tierschutz-Verbandsklagerecht Drucksache 18/398	UMWA	14-12-12	Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW	mündliche Anhörung am 10. April 2013
Keine Zwischenlagerung von hochradioaktiven Abfällen aus Wiederaufbereitungsanlagen ohne erneute und umfassende Prüfungen und Bürgerbeteiligung Drucksache 18/733	UMWA, WI	24-04-13	Antrag der Fraktion der CDU	
Eine Landesnetzagentur einrichten Drucksache 18/749	UMWA, WI	26-04-13	Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW	Mündliche Anhörung am 11. September 2013

Umweltausschuss- und Agrarausschuss - Übersicht über die Plenaraufträge

Beratungsgegenstand	Ausschuss	überwiesen am	eingbracht von	Bemerkungen
<p>Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Vorbeugung und Abwehr der von Hunden ausgehenden Gefahren (Gefährhundegesetz - GefHG) vom 28. Januar 2005 (GVOBL.-SH 2005, S. 51)</p> <p>Drucksache 18/925</p>	UMWA, IR	21-06-13	Gesetzentwurf der Fraktion der FDP	Mündliche Anhörung am 4. Dezember 2013
<p>Landesförderung für Katzenkastrationen</p> <p>Drucksache 18/1289</p>	UMWA	20-11-13	Antrag der Fraktion der PIRATEN	Mündliche Anhörung am 5. März 2014
<p>Entwurf eines Gesetzes zum Schutz des Wassers vor Gefahren des Fracking-Verfahrens</p> <p>Drucksache 18/1565</p>	UMWA	21-02-14	Gesetzentwurf der Fraktion der PIRATEN	Schriftliche Anhörung
<p>Energiewende und Klimaschutz in Schleswig-Holstein - Ziele, Maßnahmen und Monitoring</p> <p>Drucksache 18/1985</p>	UMWA, WI	19-06-14	Bericht der Landesregierung	zur abschließenden Beratung

Umweltausschuss- und Agrarausschuss - Übersicht über die Plenaraufträge

Beratungsgegenstand	Ausschuss	überwiesen am	eingetragen von	Bemerkungen
Schlachtkapazitäten in Schleswig-Holstein Drucksache 18/1953	UMWA, WI	09-07-14	Bericht der Landesregierung	zur abschließenden Beratung